

Laibacher Zeitung.

Nr. 210.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 15. September

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1870.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. August d. J. über Antrag des Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, den bisherigen Gerenten des k. und k. Honorarconsulats in Port-Louis auf der Insel St. Mauritius W. S. B. Wilson zum unbefoldeten Consul daselbst mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. September d. J. dem Oberlandesgerichtsrathe bei dem Landesgerichte in Brünn Dr. Joseph Bedl die angesuchte Rückveretzung in das Gremium des mährisch-schlesischen Oberlandesgerichtes allergnädigst zu bewilligen und den Landesgerichtsrath Konrad Scharrer in Brünn zum Oberlandesgerichtsrathe bei dem dortigen Landesgerichte allergnädigst zu ernennen geruht.

Ischabuschnigg m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. September d. J. den Landesmedicinalrath Dr. Anton Zachar zum Regierungsrathe und Landes-sanitätsreferenten bei der Landesregierung für die Bukowina allergnädigst zu ernennen geruht.

Taaffe m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. September d. J. den Dr. Franz Bratanich zum Director des öffentlichen Krankenhauses in Spalato allergnädigst zu ernennen geruht.

Taaffe m. p.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Professor an der Oberrealschule in Rutenberg und Bezirkschulinspector Dr. Johann Gall zum Director, dann den Schuldirektor und Bezirkschulinspector daselbst Joseph Mazač und den Professor an der Oberrealschule in Leitomischl Franz Kalina zu Hauptlehrern an der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Rutenberg ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Professor an der Oberrealschule in Rakonitz und Bezirkschulinspector Dr. Emanuel Hrys zum Director, dann den Realschullehrer in Pübram und Bezirkschulinspector Joseph Melichar, den Realschullehrer in Rohyan Joseph Svoboda und den Supplenten an der Lehrerbildungsschule in Budweis Franz Simel zu Hauptlehrern an der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Soběslav ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Gymnasialprofessor und Bezirkschulinspector in Eger Eduard Kittel zum Director, dann den Director der k. k. Unterrealschule in Belovar Karl Waas, den Professor an der Oberrealschule in Leitmeritz Franz Wolf v. Wolfinau und den Gymnasialsupplenten in Prag Dr. Anton Pelletier zu Hauptlehrern an der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Eger ernannt.

Verordnung des Ministers des Innern im Einvernehmen mit dem Leiter des Handelsministeriums vom 27. August 1870,
woburd die Frist zum Recurse gegen die landesbehördlichen Expropriationserkenntnisse anlässlich des Baues von Eisenbahnen abgekürzt wird.

Die Frist zum Recurse gegen die landesbehördlichen Expropriationserkenntnisse anlässlich des Baues von Eisenbahnen, welche zufolge der Ministerialverordnung vom 22. Juni 1869, Nr. G. Bl. Nr. 116, mit vier Wochen zu bemessen ist, wird auf 14 Tage herabgesetzt.

Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Ist jedoch die Entscheidung der politischen Landesbehörde vor diesem Tage erflossen, so kann gegen dieselbe noch innerhalb der Frist von vier Wochen recurriert werden.

Pretis m. p.

Taaffe m. p.

Am 13. September 1870 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XLVII. Stück des Reichsgesetzblattes angegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 111 die Concessionsurkunde vom 21. April 1870 zum Baue und Betriebe einer Locomotivbahn von Pilsen nach Pilsen (Komotau) nebst Abzweigungen über Saaz nach Brüx und Dux;

Nr. 112 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 20. August 1870 über die Ermächtigung des Nebenzollamtes zweiter Classe zu Schönbach in Böhmen zur Austrittsbehandlung von Bier;

Nr. 113 die Verordnung des Ministers des Innern im Einvernehmen mit dem Leiter des Handelsministeriums vom 27. August 1870, wodurch die Frist zum Recurse gegen die landesbehördlichen Expropriationserkenntnisse anlässlich des Baues von Eisenbahnen abgekürzt wird;

Nr. 114 die Verordnung des Handelsministeriums vom 30. August 1870, betreffend die bei der Erbanung eiserner Brücken für Eisenbahnen zu beobachtenden Sicherheitsvorschriften;

Nr. 115 die Verordnung des Justizministeriums vom 31. August 1870, betreffend die Aenderungen in dem Gebietsumfange mehrerer Bezirksamte im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns.

(Wr. Btg. Nr. 218 vom 13. September.)

Nichtamtlicher Theil.

Wien, 11. September.

Donnerstag, 15. d. M., tritt der Reichsrath zusammen, am 17. wird er von Sr. Majestät dem Kaiser mit einer Thronrede feierlich eröffnet. Angesichts dieser Thatsache, sowie der erst bevorstehenden Adressdebatte im böhmischen Landtage, der vorläufig — darüber geben wir uns keiner Täuschung hin — schwerlich zur Vornahme der Wahlen in den Reichsrath sich bewegen lassen dürfte, kann es Niemanden Wunder nehmen, daß die verschiedenartigsten Gerüchte und Ansichten bezüglich der Haltung der Regierung der Prager Landesvertretung gegenüber in Umlauf gesetzt werden. Dieselben richtig zu stellen halten wir für unsere Pflicht.

Indem sich das Ministerium zu dem schweren Opfer entschloß, den Reichsrath in Abwesenheit der Vertreter eines der bedeutendsten Königreiche zu eröffnen, ließ es sich von demselben Gedanken leiten, der es bestimmte, die Führung der Regierungsgeschäfte zu übernehmen: das schwere Werk der Verfassung der einzelnen Volksstämme auf verfassungsmäßigem Wege zu vollbringen oder wenigstens dessen Durchführung anzustreben und zu versuchen. Trotz aller, zum Theile sehr starker Bedenken, die sich jedem Anhänger der Verfassung beim ersten Anblicke der Adresse der Majorität des böhmischen Landtags aufdrängen, kann nicht in Abrede gestellt werden — und auch die Regierung darf es nicht verkennen und misachten — daß die Czechen in ihrer Adresse den Standpunkt der starren, unbedingten passiven Opposition verlassen, daß sie ihre Wünsche und Forderungen in einer präcisen Form feststellen und es ist die Hoffnung noch immer nicht ausgeschlossen, daß sie ihre, wenn auch noch so hohen und unannehmbaren Forderungen im weiteren Verlaufe der Verhandlungen bedeutend mäßigen werden. Die Czechen wollen vorläufig den Reichsrath nicht anerkennen. Wir gestehen, wäre dies der Herren letztes Wort, es könnte vom Fortspinnen des Fadens der Verhandlungen keine Rede sein, denn der Weg zum Ausgleich müßte über die Verfassung hinweg, den gefährlichen Pfad des Staatsstreiches führen, den Niemand im höheren Grade perhorrescirt, als das jetzige Ministerium, — welches nichtsdestoweniger sich von dem gegenwärtigen Stand der Dinge noch nicht entmuthigen lassen kann, die Czechen dennoch zu gewinnen, welches die Hoffnung nicht aufgeben darf, den Czechen den Grundsatz beizubringen: *qui vult finem, modum velle debet*. Es war sicher ein wahrhaft patriotischer, freudiger Ausruf, der sich allen deutschen Journalen entrang, als die Kunde von Prag erscholl — die Czechen bieten den Deutschen die Hand zum Ausgleich. Und sind auch seitdem die Hoffnungen auf das Zustandekommen desselben ein wenig gesunken, so sind sie doch nicht völlig geschwunden, und der Ausgleich mit Böhmen, welches das Werk des innern Friedens in Oesterreich krönen, den Ausbau der Verfassung vollenden würde, ist ein Preis, der der größten Mühe werth erscheint und um dessentwillen die Regierung über unverschuldete Vorwürfe und geringe formelle Anstöße sich hinaussetzen darf und muß. Wir wissen es, wie überall — so wird auch hier der Erfolg entscheiden. Gelingt es dem Ministerium dadurch, daß es den leidenschaftlichen Stimmen nicht folgt und den Faden der Verhandlungen mit den Czechen nicht abbricht, den innern Frieden herzustellen, dann dürfte die Regierung die derzeitigen heftigsten Gegner in ihrem Lager finden — gelingt es nicht, dann wird sie sich mit dem Bewußtsein, das Beste redlich angestrebt, und dem patriotischen Schmerze, es nicht vollbracht zu haben, zufrieden geben müssen.

Mit Freuden können wir constatiren, daß bereits viele Journale diese Anschauungen theilen, und sich nicht hinter starrer oder sophistischer Interpretation der Verfassungsartikel verschließen, sondern dieselbe in einer, für den Bestand der Constitution und das Zustandekommen

einer endlichen Verständigung fördernden Weise zu deuten beginnen.

Das „Freundenblatt“ äußert sich hierüber folgendermaßen:

„Es bestätigt sich, daß der Ministerrath beschloffen hat, den Reichsrath nicht weiter zu vertagen. Im Lager der Verfassungstreuen hat sich eine Stimme erhoben, welche sich im Hinblick auf die Vorgänge in Prag und Innsbruck, wo die Wahlen in den Reichsrath noch nicht verfassungsmäßig vollzogen sind, gegen die Eröffnung am 15. September ausspricht. Ja, diese Stimme geht so weit, von einem „offenen Verfassungsbruch“ zu sprechen, wenn der Reichsrath einberufen wird, ohne daß die Landtage von Böhmen und Tirol in der Lage waren, die Reichsrathswahlen vorzunehmen. Jedenfalls wird hier im blinden Eifer über das Ziel hinausgeschossen. Denn wenn auch im nächsten Reichsrathe Böhmen und Tirol nicht vertreten wären, so könnte man wohl ebenso wenig an der Legalität desselben zweifeln, wie im Jahre 1861, als aus Lombardo-Venetien das doch ebenfalls zu den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern zählte, kein Abgeordneter in der Reichsvertretung Platz genommen hatte. Und 1867 fehlten wieder die Vertreter von Siebenbürgen, die doch früher in demselben Verhältnisse zum Reiche standen, wie heute die Böhmen. Es dünkt uns vielmehr, daß gerade die deutsche Partei die Schwereffälligkeit des Verfassungsapparates nicht durch subtile Bedenken noch steigern sollte. Wer die Verfassung hoch hält, muß zunächst den Zusammenritt des Reichsraths anstreben. Beschlußfähig wird er auch ohne die Böhmen und die Tiroler am 15. September und für das weitere wird das Ministerium auf verfassungsmäßigem Wege sorgen.“

Hierzu hätten wir noch die Bemerkung zu machen, daß es gerade im Interesse der Verfassungspartei liege, den Zusammenritt des Reichsraths herbeizuwünschen, da sein Nichtzustandekommen die Czechen in ihrer Opposition nur bestärken könnte. Die „Tagespresse“ spricht sich ebenfalls für den baldigen Zusammenritt des Reichsraths aus und sagt unter anderm:

Die politische Hypochondrie meint, ohne die Abgeordneten aus Böhmen könnte der Reichsrath gar nicht als der verfassungsmäßige betrachtet werden, weil die Beschickung der Reichsvertretung seitens Böhmens in der Verfassung festgestellt ist. Das ist ein sonderbares Argument in dem Munde von Leuten, welche bisher, oft mit unvernünftiger Hitze, den allerdings vernünftigen Grundsatz verfolgt haben, das Schicksal des Parlaments dürfe nicht der Discretion eines oder des andern der 17 Landtage überliefert werden. In dem Gesetz über die directen Reichsrathswahlen heißt es: Wenn in irgend einem Landtage die Reichsrathswahlen nicht vorgenommen werden, so kann die Regierung diese Wahlen direct aus den Wahlbezirken vornehmen lassen. Für die Regierung besteht also diesfalls keine gesetzliche Nothigung, sondern es steht ihr frei, den Reichsrath allenfalls auch ohne die Vertreter eines einzelnen Landes tagen zu lassen.

In der „Morgenpost“ finden wir folgende Bemerkungen:

In Oesterreich ist die Entwicklung der inneren Frage während des Krieges um ein Bedeutendes weiter geschritten. Man kennt den Abreißentwurf der Majorität des czechischen Landtages und das Ministerium scheint in diesem Entwurfe eine Basis für die Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen finden zu wollen. Die Verfassungsfrage ist damit in ein neues Stadium getreten. — Der Entwurf der Majorität wird sicher zum Beschlusse erhoben und demgemäß die Reichsrathsbeschickung verweigert werden. Die Ausgleichsverhandlungen werden jedoch damit keineswegs ihr Ende finden. Obgleich sich Vieles dagegen einwenden läßt, so erscheint der Plan doch als der einzig mögliche, um die Monarchie vor innern Unruhen zu bewahren. Wir wollen das Ministerium Polack nicht in seinen Ausgleichsbestrebungen entmuthigen.

Das neue Journal der „Patriot“ läßt sich folgendermaßen vernehmen:

Es ist eine Wahrheit, die Jedermann begreift, daß unsere inneren Zustände sofort aus ihrer Unfertigkeit herantreten würden, wenn es der Regierung gelänge, sich mit dem böhmischen Volke definitiv auseinanderzusetzen. Nicht darum handelt es sich in erster Linie, wie und um den Preis welcher Concessionen die Verständigung erfolge. Sondern es handelt sich direct um diese Verständigung selbst. Die staatlichen Leistungen im Innern, die Wahrung unseres Einflusses nach Außen, sie beide haben zur Voraussetzung, daß wir endlich aufhören, uns gegenseitig in den Haaren zu liegen und

unsere beste Kraft in nutzlosem Parteihader zu vergeuden. Da muß transigirt, muß unterhandelt, muß eine Verständigung gesucht werden.

Der böhmische Landtag steht auf dem Punkte, sich in einer Adresse auszusprechen, deren Inhalt wir bereits kennen und der eine Denkschrift beigegeben ist, welche die Bestimmung hat, die Rechtsdeductionen der Declaration vor die Stufen des allerhöchsten Thrones zu bringen. Wir sind mit dieser Adresse nicht einverstanden. Wir haben Manches gegen sie einzuwenden. Aber folgt daraus, daß der böhmische Landtag zur Strafe für diese Adresse aufgelöst werde? Oder würde es sich nicht eher empfehlen, vor diesen Landtag mit Mäßigung und Besonnenheit hinzutreten und zu versuchen, ihn von allem Demjenigen abzubringen, was man als irrig erachtet? Gewiß ist das letztere der Fall und alle unsere Informationen, die direct aus dem tschechischen Lager stammen, berechtigen uns zu der Annahme, daß ein solches conciliatorisches Vorgehen nicht ohne Erfolg bleiben würde.

Politische Uebersicht.

Laibach, 14. September.

Ein Pariser Correspondent von „Warrens' Correspondenz“ meldet, daß im preussischen Hauptquartier ein Schreiben Sr. Majestät des Kaisers von Rußland eingetroffen sei, welches sich im allgemeinen zu Gunsten der Herstellung des Friedens ausspricht, ohne die Bedingungen für denselben näher zu berühren. Auch England und Amerika lassen es nicht an Bemühungen fehlen, die Wiederherstellung des Friedens zu bewirken. Nichtsdestoweniger ist man diesem Ziele um keinen Schritt näher gerückt. Hieran ist nicht bloß die Gebietsabtretung Schuld, welche von preussischer Seite gefordert und von französischer Seite nicht bewilligt wird. Wirklichen und mit Aussicht auf Erfolg zu führenden Verhandlungen steht der Umstand am meisten im Wege, daß im preussischen Hauptquartier die provisorische Regierung überhaupt nicht als eine rechtsgültige anerkannt wird. Man schreibt der preussischen Regierung die Absicht zu, nach der Einnahme von Paris, den Senat und die Kammern wieder einberufen zu lassen, damit diese Vertretungskörper der französischen Nation selbst die Regierungsorgane bestimmen mögen, mit welchen Friedensunterhandlungen zu eröffnen seien. Selbstverständlich sind alle Mediationsversuche der Mächte so lange einem Streich ins Wasser gleich zu achten, bis die preussische Regierung ein Organ findet, dem sie das Recht zugesteht, im Namen Frankreichs zu unterhandeln.

Unter den Deutschen, welche Paris verlassen mußten, befindet sich auch Ludwig Simon von Trier. Von Montreux aus, wo er sich gegenwärtig aufhält, richtete er eine Zuschrift an die Berliner „Zukunft.“ Ludwig Simon gehört zu denjenigen, welche eine Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit Deutschland mißbilligen.

„Deutschland,“ so schreibt er, „verlangt Garantien gegen die Wiederholung französischer Angriffe. Die beste Garantie liegt in der stattgefundenen Offenbarung deutscher Macht und in der Veränderung des Geistes, in welchem die Geschichte Frankreichs gelenkt werden. Zeigt sich Deutschland jetzt, statt Unrecht mit Unrecht zu vergelten, gerecht, so wird es sich dadurch in ganz Europa und selbst in Frankreich eine Achtung erwerben, welche in Verbindung mit seiner eigenen Kraft den besten Schutzwall seiner eigenen Unabhängigkeit bilden wird. . . . Das deutsche Volk sollte ebensovienig vergessen, daß das französische Volk 1789 die Menschenrechte, 1830 das constitutionelle System, 1848 das allgemeine Stimmrecht erobert hat. Ohne diese heroischen Anstrengungen einer hochherzigen Nation läge der Arbeiter, Bauer und Bürger in ganz Europa noch heute in den Fesseln feudalen Vorrechtes. Daß die Bevorrechteten die französische Republik weit mehr hassen, als den Kaiser Napoleon, welchen sie zur Zeit des Staatsreiches als den Retter der Gesellschaft begrüßten, das ist sehr einleuchtend. Das deutsche Volk aber, nach Niederlegung seiner Waffen in die Arsenale, wird seine eigenen Ansprüche um so schwerer durchsetzen, je mehr es das französische Brudervolk geschwächt haben wird. Willkür und Gewalt sind ein zweischneidiges Schwert, welches man nach außen nicht gebrauchen kann, ohne sich auch nach innen damit zu verwunden. Es wird dem deutschen Volk umsoweniger gelingen, sein eigenes Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen, je tiefer es dieses Recht in Elsaß und Lothringen verletzt haben wird.“

Eine Pariser Correspondent der „Times“ berichtet: General Trochu gab seinen Kollegen von der provisorischen Regierung sehr klar zu verstehen, daß er nicht mit der Anschauung einverstanden sei, Frankreich habe endgültig republikanische Staatseinrichtungen adoptirt. Die jetzige Regierung habe sich nur zur Verteidigung der Nation gebildet. Die Noth sei groß, aber das Auskunftsmittel nur vorübergehend, und nur eine constituirende Versammlung könne über die Regierungsform, welche das Land wählen möchte, schlüssig werden. Vorherhand sei keine Republik noch begründet, und nur unter dieser Voraussetzung werde er (Trochu) seine fernere Cooperation geben. Es wird nicht erwartet, daß Jules Favre das Portefeuille des Auswärtigen behalten werde. Als er dasselbe übernahm, berief er die Beamten des

auswärtigen Amtes zusammen und ersuchte sie, einstweilen auf ihren Posten zu bleiben, selbst wenn Einzelne nicht geneigt sein sollten, der neuen Regierung zu dienen. Er fügte hinzu, sie würden nicht der Regierung, sondern dem Lande dienen. Er werde nur für kurze Zeit ihr Vorgefetzter sein.

Der Berliner „Staatsanzeiger“ bringt den Wortlaut eines Berichtes des Grafen Bismarck an den König aus Donchery, 2. September, über die Sedaner Capitulation. Neu ist darin, daß Napoleon dem Grafen Bismarck versicherte, er habe den Krieg nicht gewollt, sondern nur dem Drucke der öffentlichen Meinung in Frankreich nachgegeben. General Wimpffen richtete ein Dankschreiben an Molise wegen der rücksichtsvollen Behandlung der französischen Officiere.

Auf die Nachricht von dem Einmarsche der italienischen Truppen ins päpstliche Gebiet fanden vorgestern in Rom Zusammenrottungen statt; die Polizei ließ gewähren. Der Minister Lanza empfing gestern eine Deputation der römischen Emigration, welche ihn ersuchte, dem Könige ihre Gefühle der Dankbarkeit für die Befreiung der römischen Provinzen auszudrücken.

Russische Wählereien.

Die Petersburger (russische) Börsenzeitung, das anerkannte Organ des vom Großfürsten Constantin protegirten Slavencomités, erzählt in seiner letzten „Slavischen Rundschau,“ deren Verfasser notorisch der Adjutant des Großfürsten Constantin, Oberst Kirzejeff, ist, daß der Redaction täglich Briefe aus Galizien zugehen, welche die Anfrage enthalten, ob das russische Vaterland auch diesmal für den Schmerzensschrei der galizischen Ruthenen taub bleiben und wie eine Stiefmutter mit kalter Hand die unglücklichen Kinder zurückstoßen werde. Es fährt hierauf fort: „Daß Rußland den galizischen Ruthenen als seinen nächsten Brüdern und als seinen geliebtesten Kindern wohl will und die Ueberzeugung hegt, daß schon am nächsten Tage nach ihrer Einverleibung kein Unterschied zwischen uns und ihnen stattfinden und der Zuwachs von drei Millionen im Kampfe gegen die polnische Intrigue gestählter galizischer Ruthenen die Macht des russischen Kaiserreichs erhöhen wird, daran dürfen unsere Ruthenen keinen Augenblick zweifeln. Aber Rußland bittet und beschwört sie, daß sie nur noch eine kurze Zeit warten und ihre sehnlichsten Wünsche in der Brust verschließen mögen, so wie Rußland sie noch kurze Zeit in sich verschließen muß. Früher vielleicht, als sie erwarten dürfen, wird die ersuchte Zeit kommen, wo die russische Regierung in der Lage und im Stande sein wird, die Existenz der slavischen Völker auf immer sicherzustellen.“

Kriegschronik.

Ueber die Lage am Oberrhein schreibt die officielle „Karlsruher Ztg.“ unter dem 7. d. M.: Die beiden Riesenmörser werden erst morgen ihre Action (gegen Straßburg) beginnen, da die Aufstellung größere Schwierigkeiten, als die erwarteten, gemacht hat. Gleichwohl hat fast den ganzen Tag der Geschützdonner in außerordentlicher Stärke getobt; auch Kleingewehrfeuer war wieder vernehmbar, und es wird von mehreren erbiterten Ausfallsversuchen berichtet, welche der Feind heute Nachmittag unternommen habe. — Der seit gestern etwa in der Umgegend der Caserne Findmatt wahrnehmbare Brand hat die ganze Nacht und heute den ganzen Tag fortgedauert. Auch an anderen Stellen steigen Rauchsäulen auf. Das Dorf Bischheim brennt; weiter hinüber erblickt man dicke Rauchsäulen, welche auf wiederholten Ausbruch des Feuers in Rehl schließen lassen. Schlettstadt ist, wie ich nachträglich mittheilen muß, noch nicht ernstlich angegriffen worden; auch sind die Thore immer noch geöffnet und verkehren die in der Stadt befindlichen Mobilgarden immer noch ungestört mit ihren Heimatsorten.

Die Verluste, welche das Straßburger Belagerungscorps bisher erlitten hat, werden von badischen Journalen folgendermaßen beziffert: „Bei den verschiedenen Rencontres unseres Belagerungscorps vor Straßburg mit den Belagerten bei Vorpostengefechten, Batteriebauten, in den Laufgräben u. dergl. betrug der Verlust deutscherseits in den Tagen vom 20. August bis 1. September im Ganzen 129 Mann, nämlich an Getödteten 19 (2 Badener, 17 Preußen, unter letzteren 1 Officier), an Verwundeten 99 (20 Badener, darunter 1 Officier, und 79 Preußen) und 11 Vermißte (1 Badener, 10 Preußen, unter letzteren der verwundet in Gefangenschaft gerathene Secondelieutenant Versen aus Berlin vom 4. rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 30). Von den Verwundeten sind weiter 8 gestorben. An einem Tage, 26. August, verlor die badische Division einen tüchtigen Officier, den Artilleriehauptmann v. Faber, und das 4. pommersche Landwehrregiment den Hauptmann Wilhelm v. Dieß aus Posen. Die meisten Verluste (nämlich 4 Tödt, 9 Schwerverwundete, 9 Leichtverwundete und 8 Vermißte) brachte dem pommerschen Füsilierregiment Nr. 34 das Vorpostengefecht bei Straßburg am 24. August.“ Diese Angaben reichen jedoch nur bis zum 1. September. Seither unternahm aber die Straßburger Garnison zwei Ausfälle, welche die Zahl der Verluste sehr bedeutend erhöhten.

Dem „Schwäb. Merkur“ schreibt man aus der Umgebung von Straßburg unter dem 9. d.:

Nach Mitternacht machten wir uns gegen Straßburg auf den Weg, ein starker Brand beleuchtete die Umgebung, und das Münster war auf mehrstündige Entfernung dem bloßen Auge sichtbar. Die Batterien feuerten in der Minute etwa vier Schüsse auf die Festung ab. Es waren namentlich die gegen zwei Centner schweren Projectile, welche von Zeit zu Zeit aus den 170 Centner schweren Mörsern geworfen wurden, und die mit ihren Zündern wie feurige Kugeln die Luft durchschwirrten, um auf eine Höhe von 900 bis 1000 Fuß aufsteigend und einen weiten Bogen beschreibend, etwa 15 Sekunden nach dem Abfeuern in der Citadelle einzuschlagen. Das Plagen derselben ließ sich auf eine Entfernung von mehr als zwei Stunden deutlich vernehmen. Oft verfolgten wir ängstlich um das Münster die Flugbahn dieser Geschosse, die hoch über dessen Spitze ihr Ziel verfolgten.

Wir müssen nun Manches übergehen, und werden im Allgemeinen Rücksicht darauf nehmen, daß in der Nähe eines Belagerungsgürtels zunächst Discretion sich empfiehlt. Wir befanden uns gegen Tag im Dorf Rehl, in dessen unmittelbarer Nähe sich ein Theil der Südbatterie befindet. Dieser Batterie näherten wir uns auf eine Entfernung von etwa 800 Schritten und konnten hier das Thun und Treiben in derselben, sowie die Schutzwerke genau sehen. Indes belehrte uns eine zwischen unserer Aufstellung und der Batterie einschlagende Kugel, daß es hier doch nicht ganz geheuer sei. Derselben Begrüßungen aus Straßburg sollen indes nur noch selten vorkommen.

Im Laufe des Morgens entwickelte sich das Feuer der Batterien um Straßburg zur furchtbaren Kanonade, wir zählten in der Minute bis 21 Schüsse. Gegen 400 Geschosse, theilweise sehr schweren Kalibers, spien ihre Kugeln auf die Citadelle, das Sanfen jeder einzelnen Kugel läßt sich genau verfolgen. Wie wir in der Nacht die schweren Geschosse an ihrem Zünder, erkannten wir sie bei Tag an einem blauen Dunste, namentlich aber an dem genau vernehmlichen Plagen in der Festung. — Der Festung in Straßburg rückt nun eine solche um Straßburg mehr und mehr nahe; an der dritten Parallele wird mit aller Kraft gearbeitet, und wenn nicht die Trümmer der Citadelle den Commandanten von Straßburg bald zur Uebergabe veranlassen, wird der Sturm nicht mehr lange auf sich warten lassen. Jeden Tag werden neue Erfolge durch die Beschießung erzielt, welche mit bewunderungswürdiger Präcision und Energie betrieben wird. Denke man sich per Tag etwa 7000 Schüsse auf einem verhältnißmäßig kleinen Raum. Die Stadt wird möglichst geschont, seit heute Früh 4 Uhr zeigt sich keine Spur eines Brandes, freilich aber brennt es in der Regel jede Nacht. Der Münsterthurm zeigt bis heute nur einige ganz geringe Verletzungen.

In einem Feldbriefe wird der „Pr.“ ein Führer Streich der preussischen leichten Cavallerie und Infanterie mitgetheilt:

„In der Nacht vom 1. auf den 2. September gingen aus Volkrange, einem Dörfchen $\frac{1}{2}$ Meile westlich von Thionville, zwölf Jäger des lauenburgischen Jäger-Bataillons Nr. 9 unter Lieutenant v. G. und zwanzig Dragoner des 6. magdeburgischen Regiments unter Lieutenant v. E. behufs einer Reconnoissance in der Richtung nach Thionville aus. Es war 3 Uhr Nachts, noch standen die Sterne am Himmel und lautlos marschirte die kleine Truppe auf die wohlarmirte Festung los, deren Besatzung sich eines sehr gesunden Schlafes erfreuen mußte, da man, ohne bemerkt zu sein, bis in die südwestliche Vorstadt derselben, Beauregard, gelangte. Die kleine Truppe besetzte den Bahnhof, der harmloserweise ganz unbewacht war, und ging bis 50 Schritte vor die Festungswälle, auf denen man die feindlichen Geschütze in dem nächtlichen Halbdunkel unterscheiden konnte. Die Dragoner ritten nun durch zwei feindliche Lunetten, bis sie an die Mosel kamen, in der sie ihre Pferde tränken, ohne Zweifel an derselben Stelle, an welche am Tage die in der Stadt befindlichen Rösse zur Tränke geführt werden. Man hätte nun ruhig abziehen können, aber die Officiere wollten wenigstens den Schlaf der braven Festungsbefatzung einigermassen stören. Auf ihren Befehl ertönte plötzlich das französische und dann das deutsche Alarmsignal hell aus der Trompete des Dragoner-Trompeters. Wie in dem Märchen „Dornröschen“ wurde nun plötzlich die ganze Festung aus dem süßesten Träumen geweckt. Die nächste Folge dieser Ruheströrung war ein entsetzliches Getöse in der geängstigten Stadt. Die Trompeter bliesen dem Dragoner das französische Alarmsignal freundlich nach und außerdem wurde sichtlich getrommelt. Nunmehr zogen sich die Preußen zurück, und bald wurde die Vorstadt von der Stadt aus mit Kleingewehrfeuer, aber wirkungslos begrüßt. Im Dörfchen Terville, etwa 1000 Schritte von der Stadt entfernt, machte unsere kleine Truppe lachend Halt, bestellte im Wirthshause Caffee, der in aller Gemüthsruhe getrunken wurde, und außerdem wurden 15 Centner Hafer requirirt und in froher Stimmung mitgenommen. Raum hatte man sich in Marsch gesetzt, als die braven Thionviller ihrem Aerger über den so jählings unterbrochenen Schlaf dadurch Luft machten, daß sie dem abziehenden Feinde einige schlecht gezielte Granaten nach-

— (Militärveränderungen.) Der Rechnungsführer dritter Classe, Josef Balzar, des Garnisonspitals zu Laibach wurde zum Hauptmann = Rechnungsführer zweiter Classe (bis zur Unterbringung auf eine offene Stelle der ersten Classe) ernannt.

— (Der Markt) war diesmal wenig belebt. Das in großer Anzahl vorrätigste Rindvieh fand wenig Abnehmer. Man glaubt, daß sein Preis wegen Theuerung des Heues fallen wird. Honig war sehr wenig am Lager, sein Preis stieg von 18 fl. auf 21 fl. per Centner.

— (Couponbilletts.) Unter diesem Namen gibt die Südbahn seit 1. September Rundreisebilletts aus, welche vorzugsweise nur das Inland betreffen und sich auf die der Südbahn gehörigen Strecken mit Inbegriff eines Theils der italienischen Linie beschränken. Die bedeutend ermäßigten Preise machen es Jedem leicht, auf diese Art die vorzüglichsten Städte Oesterreichs, Ungarns und Italiens kennen zu lernen.

— (Vom Blitze erschlagen.) Am 8. d. M., in der Früh um 8 Uhr, schlug der Blitz in ein Haus in Bojeto, Bezirk Voitsch, und traf die eben im Hause befindliche, 62 Jahre alte Witwe Maria Pitar derart, daß sie kurz darauf den Geist aufgab. Das gleichzeitig entstandene Feuer verzehrte das ganze Wohnhaus sammt der ganzen Einrichtung, Kleidungsstücken und Lebensmitteln.

— (Im Curorte Krapina = Töplitz) waren bis 29. August bereits 2017 Curgäste und andere Fremde eingetroffen.

Eingefendet.

Den Herren Ärzten, Chirurgen, Pharmaceuten und Thierärzten der österreichisch-ungarischen Monarchie diene zur Kenntniß, daß bei dem heuer in Graz am 20. und 21. September abzuhaltenden IV. Chirurgentage ein „Verein der Sanitätspersonen der österreichisch-ungarischen Monarchie“ gegründet wird, welchem alle obbezeichneten Kategorien des Sanitätskörpers beitreten können und welcher außer dem allgemeinen auf die sanitären Angelegenheiten des Staates zielenden Zwecke auch noch den der Hebung und Förderung der Interessen des Sanitätskörpers sich zum Ausgangspunkte nimmt.

Die Theilnehmerkarten hiezu nebst Programm mit dem Vortheile der halben Fahrpreise auf allen Bahnen und Dampfschiffen sind gegen Einsendung von 2 fl. 8. B. bis zum 17. d. M. bei dem permanenten Ausschusse der österreichischen Wundärzte: Wien, III. Bezirk, Hauptstraße Nr. 40 zu haben.

Wien, den 6. September 1870

Für den permanenten Ausschuss der österr. Wundärzte: Franz, Obmann.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 15. September. Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt kaiserliche Handschreiben, enthaltend die Ernennung des Finanzministers Holzgethan, des Ministers des Innern Taaffe, des Justizministers Tschabuschnigg und des Botchafters Trautmannsdorf zu Herrenhausmitgliedern auf Lebensdauer.

Prag, 14. September. Der Landtag nahm die Majoritätsadresse einstimmig an, nachdem der Antrag der Deutschen auf Vornahme der Reichsrathswahlen mit 77 gegen 147 Stimmen abgelehnt worden war und die Deutschen unter der Erklärung, an der Beschlussfassung über die Majoritätsadresse nicht theilzunehmen, den Saal verlassen hatten. Eine Deputation, bestehend aus dem Oberlandesmarschall und seinem Stellvertreter nebst 18 gewählten Mitgliedern wird die Adresse dem Kaiser überreichen. Der Oberlandesmarschall vertrat dann im Auftrage des Kaisers den Landtag auf unbestimmte Zeit.

In der heutigen ersten Reichsrathssitzung soll lediglich die Angelobung der Abgeordneten stattfinden. Montag soll das Abgeordnetenhaus zur Wahl des Präsidiums schreiten. Es steht hier ein harter Wahlkampf bevor. Von Seite der Verfassungspartei wird der Abgeordnete v. Hopfen zum Präsidenten, Dr. Franz Groß zum ersten Vice-Präsidenten candidirt, über den zweiten Vice-

Präsidenten ist noch keine Einigung erzielt, jedoch dürfte die Verfassungspartei voraussichtlich keinen Compromiß eingehen und nur einem Mitgliede aus ihrer Mitte ihre Stimmen zuwenden. Von Seite der clerical-föderalistischen Partei sind in Aussicht genommen: als Präsident Baron Giovanelli, als erster Vice-Präsident Dr. Smolka, als zweiter Vice-Präsident Dr. Costa.

Die meisten Abgeordneten sind bereits eingetroffen und haben ihre Plätze im Sitzungssaale gewählt. Im allgemeinen ist unter den Abgeordneten der Verfassungspartei ein Avanciren nach Links zu bemerken. Die vom niederösterreichischen Landtag gewählten Großgrundbesitzer haben sämmtlich ihre Plätze im linken Centrum gewählt.

Die Nachricht, daß das Abgeordnetenhaus sich unmittelbar nach der Thronrede bis zum Eintreffen der Abgeordneten aus Böhmen vertagen werde, ist wohl dahin zu rectificiren, daß unmittelbar nach der Thronrede die Constatirung des Hauses erfolgen muß, vor dieser ist es geschäftsordnungsmäßig unzulässig, einen derartigen Antrag einzubringen und in Verhandlung zu ziehen.

Mehrere Journale haben die Nachricht verbreitet, daß die Regierung die Absicht habe, den Reichsrath bei der nächsten Session als einen Reichsrath ad hoc zu betrachten, dessen Befugniß auf die Wahl der Delegation eingeengt werden solle. Dieser Ausbreitung gegenüber — bemerkt die „Corr. W.“ — sollte die einfache Thatsache genügen, daß der Regierung ein solches Recht nicht zusteht, weshalb dasselbe auch von ihr nicht ausgeübt werden kann. Das jetzige Cabinet steht auf dem Boden der Verfassung, will auch auf demselben stehen bleiben, und wird daher Maßregeln nicht ergreifen wollen, welche mit dem Grundgesetze des Landes im Widerspruch stehen. Allerdings verlangt in dieser ersten Zeit das öffentliche Interesse gebieterisch, daß ohne unnötigen Zeitverlust die Sitzung der Delegation in Pest eröffnet werde; es wird daher auch an den Reichsrath sofort das Ansuchen gestellt werden, die Wahlen in diesen Körper vorzunehmen. Sollten jedoch das Herrenhaus oder das Abgeordnetenhaus gleichzeitig mit dieser Wahl einen anderen Theil ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit ausüben wollen, so könnte und würde hiegegen von Seite der Regierung eine Einwendung nicht erhoben werden.

Nach der „N. Fr. Pr.“ lauten die Nachrichten über Friedensanbahnungen sehr enttäuschend. Der Mission Thiers' wird wenig Erfolg in Aussicht gestellt. Alle Welt wünsche den Frieden, halte ihn aber auf der Basis, welche Jules Favre in seinem Rundschreiben entwickelt, nämlich ohne Territorialabtretung, für unmöglich. Dagegen geht dem „N. W. Tgbl.“ von „wohlunterrichteter und hochvertrauenswürdig“ Seite eine Mittheilung zu, wonach man in Wiener diplomatischen Kreisen im Laufe des Dienstags aus dem preussischen Hauptquartier vor Paris Nachricht vom Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den kriegführenden Mächten, selbstverständlich auf der Basis von Friedenspräliminarien, erhalten habe. Die englische Regierung leite die Unterhandlungen und man versprach sich von denselben umsomehr ein günstiges Resultat, als auch die Mitglieder der provisorischen Regierung in der Mehrzahl für die Bewilligung der preussischerseits geforderten Gebietsabtretung seien. Für den Fall, daß die provisorische Regierung in eine Gebietsabtretung willigen würde, müßte selbstverständlich Jules Favre, der sich entschieden gegen jede Gebietsabtretung ausgesprochen hat, zurücktreten.

Die Lage von Paris wird in Brüsseler Berichten als eine sehr düstere geschildert. Das Ansehen der provisorischen Regierung sinkt täglich. Auf die Widerstandsfähigkeit des Volkes sei nicht zu rechnen. Die Nationalgarde gelte für nicht verlässlich, die Mobilgarde weigere sich, die Posten auf den Forts zu beziehen. Den Rentantern werde mit kriegsrechtlichen Strafen gedroht. Den Anhängern Rocheforts mußten wegen Meuterei die Waffen abgenommen werden.

Brüsseler Nachrichten schildern die Lage Bazaine's als verzweifelt. Die Truppen sind kampfunfähig. Den 50.000 Verwundeten fehlt es an Lebens- und Heilmitteln. Die belgische Regierung weigert sich, Gefangenen

aus Metz Aufnahme zu gestatten wegen der dort herrschenden Epidemie. Die Belagerung von Metz wird langsam, aber gründlich betrieben, ähnlich wie die von Düppel, weil man Menschenleben schonen will. Uebrigens wird bereits bisweilen bombardirt.

Karlsruhe, 13. September. (Tr. Z.) Der Sturm auf Straßburg beginnt diese Woche.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 14. September.

5perc. Metalliques 56.30. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 56.80. — 5perc. National-Anlehen 66.20. — 1860er Staats-Anlehen 91.80. — Banfactien 696. — Credit-Actien 255.75. — London 124.50. — Silber 123. — R. f. Münz-Ducaten 5.87. — Napoleond'or's 9.92½.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 14. September. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 15 Wagen mit Getreide, 6 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 51 Ctr 90 Pfd., Stroh 56 Ctr.), 23 Wagen und 4 Schiffe (25 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Wt.	Wt.		Wt.	Wt.
	fl.	fr.		fl.	fr.
Weizen pr. Megen	5 20	5 97	Butter pr. Pfund	— 45	—
Korn-Saat	4 80	4 35	Eier pr. Stüd	— 2	—
Gerste	2 60	3 —	Milch pr. Maß	— 10	—
Hafer	1 70	2 42	Rindfleisch pr. Pfd.	— 23	—
Halbfrucht	—	4 70	Kalbsteisch	— 26	—
Heiden	2 90	3 45	Schweinefleisch	— 24	—
Hirse	2 40	3 20	Schöpfenfleisch	— 16	—
Kultur	—	3 78	Hühner pr. Stüd	— 30	—
Erbsen	1 60	—	Lanben	— 17	—
Linse	4 50	—	Heu pr. Centner	— 1 40	—
Erbsen	4 50	—	Stroh	— 1 25	—
Erbsen	5 —	—	Holz, hart, pr. Kst.	— 8 —	—
Rindschmalz Pfd.	— 54	—	— weiches, 22"	— 6 80	—
Schweinschmalz	— 46	—	Wein, rother, pr.	—	—
Speck, frisch	— 35	—	Eimer	— 9 —	—
— geräuchert	— 44	—	— weißer	— 10 —	—

Rudolfswerth, 12. September. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	fl.	fr.		fl.	fr.
Weizen per Megen	5 10	—	Butter pr. Pfund	— 48	—
Korn	4 50	—	Eier pr. Stüd	— 13	—
Gerste	3 20	—	Milch pr. Maß	— 10	—
Hafer	1 60	—	Rindfleisch pr. Pfd.	— 24	—
Halbfrucht	4 50	—	Kalbsteisch	— 26	—
Heiden	3 20	—	Schweinefleisch	— 24	—
Hirse	3 20	—	Schöpfenfleisch	— 16	—
Kultur	3 80	—	Hühner pr. Stüd	— 24	—
Erbsen	1 40	—	Lanben	— 18	—
Linse	—	—	Heu pr. Centner	1 50	—
Erbsen	—	—	Stroh	1 —	—
Erbsen	3 84	—	Holz, hartes, pr. Kst.	6 50	—
Rindschmalz pr. Pfd.	— 45	—	— weiches,	—	—
Schweinschmalz	— 45	—	Wein, rother, pr. Eimer	9 —	—
Speck, frisch	—	—	— weißer	8 —	—
Speck, geräuchert, Pfd.	— 40	—			

Angefommene Fremde.

Am 13. September.

Stadt Wien. Die Herren: Stary, Ingenieur, von Rassenfuß. — Hinner, Gewerksbeamte, von Sagor. — Poche, Handelsm., von Triest. — Detrofin, Privatier, von Triest. — Die Frauen: Hofenstätter und Noi, von Adelsberg. Elephant. Die Herren: Janz, Kfm., von Gurtfeld. — Cadore, Handelsm., von Triest. — Bonnard, von Wien. — Kasalowsky, von Brünn. — Zupan, von Poljane. — Kraus, von Triest. — Kropac, f. Oberleutnant, von Rudolfswerth. — Rietl, von Triest. — Reinhardt, von Arad. — Baron Eßdorf, von Rudolfsstein. — Bertowig, Kfm., von Wien. — Zinger, Professor, von München. — Foramitti, Bauunternehmer, von Mailand.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Wiener Linien
6 U. Mg.	325.33	+ 7.7	SW. schwach	g. bewölkt	—
14. 2 „ N.	324.23	+ 16.8	SW. schwach	ganz bew.	0.00
10 „ Ab.	322.76	+ 13.1	SW. schwach	größt. bew.	—
Tagüber drohende Regenwolken aus SW. ziehend. Nachts Winddrehung nach Ost, Aufheiterung. Das Tagesmittel der Wärme + 12.8°, um 1.6° über dem Normale.					

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 12. September. Die Börse war fest und lauffähig, beschäftigte sich aber weniger mit den gewöhnlichen Objecten der Tages speculation als mit Eisenbahn = Actien. Viele Gattungen dieser letzteren waren sehr gesucht, darunter in erster Linie Staatsbahn, welche bis 366 um 12 fl. stiegen. Bankpapiere hielten bei bescheidenen Umsätzen im großen Durchschnitt den gestrigen Kurs. Desgleichen Rente. Devisen waren zu etwas reducirtem Kurse mehr offerirt als begehrt.

A. Allgemeine Staatsschuld.		C. Actien von Bankinstituten.		Geld Waare		Geld Waare	
Für 100 fl.							
Einheitsliche Staatsschuld zu 5 pCt.:		Anglo-österr. Bank abgeseh.	225.50	226. —	Franz-Josephs-Bahn	186. —	187. —
in Noten verzinsl. Mai-November	56.50	Anglo-ungar. Bank	80. —	82. —	Lemberg-Gern.-Jaffner-Bahn	198. —	199. —
„ Februar-August	56.50	Bankverein	205. —	206. —	Alpb. österr.	316. —	320. —
„ Silber „ Jänner-Juli	66.25	Boden-Creditanstalt	252. —	256. —	Omnibus	90. —	92. —
„ April-October	66.25	Creditanstalt f. Handel u. Gew.	255.25	255.50	Rudolfs-Bahn	158.50	159. —
Staatsanlehen rückzahlbar (1)	—	Creditanstalt, allgem. ungar.	78. —	80. —	Siebenbürger Bahn	165. —	166. —
Jose v. J. 1839	231. —	Escompte-Gesellschaft, n. ö.	875. —	880. —	Staatsbahn	366. —	368. —
„ 1854 (4%) zu 250 fl.	83.50	Franco-österr. Bank	95.75	96.25	Südbahn	188.75	189. —
„ 1860 zu 500 fl.	91.25	Generalbank	69. —	70. —	Süd-nordb. Verbind. Bahn	167. —	168. —
„ 1860 zu 100 fl.	102. —	Handelsbank	88. —	89. —	Therz-Bahn	226. —	227. —
„ 1864 zu 100 fl.	111.25	Nationalbank	696. —	697. —	Tramway	163.25	163.75
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. 8. B. in Silber	119. —	Niederländische Bank	196. —	197. —	E. Pfandbriefe (für 100 fl.)		
B. Grundentlastungs-Obligationen.		Bereinsbank	91.50	92. —	Alg. öst. Boden-Credit-Anstalt	105.50	106. —
Für 100 fl.		Verkehrsbank	88. —	89. —	verlosbar zu 5 pCt. in Silber	87. —	88. —
Böhmen	zu 5 pCt.	D. Actien von Transportunternehmungen.				dto. in 33 fl. rüch. zu 5 pCt. in 8. B.	87. —
Galizien	„ 5 „	Alföld-Himnauer Bahn	165. —	166. —	Nationalb. auf 8. B. verlosb.	91.20	91.50
Nieder-Oesterreich	„ 5 „	Böhm. Westbahn	235. —	237. —	zu 5 pCt.	—	—
Ober-Oesterreich	„ 5 „	Carl-Ludwig-Bahn	243.50	244. —	Def. Hypb. zu 5 1/2 pCt. rüch. 1878	—	—
Siebenbürgen	„ 5 „	Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	549. —	551. —	Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt.	—	—
Steiermark	„ 5 „	Elisabeth-Westbahn	216. —	217. —	F. Prioritätsobligationen.		
Ungarn	„ 5 „	Elisabeth-Westbahn (Kinz = Bud = weiser Strecke)	180.50	181.50	à 100 fl. 8. B.	91.50	92. —
		Ferdinands-Nordbahn	2020. —	2030. —	Elis.-Westb. in 8. verz. (1. Emiff.)	103.50	104. —
		Künstlicher-Borzer-Bahn	161. —	162. —	Ferdinands-Nordb. in Silb. verz.	92.80	93.20
					Franz-Josephs-Bahn	100. —	101. —
					G. Carl-Ludw. B. i. 8. verz. l. Em.	92.90	93.20
					Deferr. Nordwestbahn	—	—